

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Postgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zl., monatlich 5,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 7 Zl., Danzig 3 Gld., Deutschland 2,5 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die 80 mm breite Kolonelle 80 Groschen, die 90 mm breite Reflemezelle 150 Groschen, Danzig 20 bz. 100 Dz. 31. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorsicht und schwieriger Lage 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 177.

Bromberg, Freitag den 6. August 1926.

33. (50.) Jahrg.

## Frankreich im Zeichen der Inflation.

Von H. Ring-Paris.

Frankreich und insbesondere Paris beginnt, die Merkmale einer sich auflösenden Währung zu zeigen und darin immer mehr den einstigen deutschen Verhältnissen zu ähneln. Wenn die kürzlich in Paris stattgehabten Anprobieren von Fremden auch nicht so schlimm waren, wie es von weitem den Anschein hatte, so beginnt sich dennoch die Abneigung gegen Fremde, die der Franzose instinktiv immer hatte, zu verstärken. Vorläufig richtet sie sich hauptsächlich gegen Amerikaner und Engländer, veranlaßt durch die politischen Schuldenverhandlungen der französischen Regierung mit diesen beiden Ländern. Die Pariser Zeitungen betonen immer wieder die sentimentale Seite dieser Frage und tragen in die Bevölkerung eine Erregung, die sich durch die eben erwähnten Ausschreitungen, durch Bestimmung eines Denkmals, das einen amerikanischen Soldaten zeigt, durch Demonstrationen der Kriegsversehrten und anderes mehr Luft macht. Amerika und England sind der Schylod nach dieser populären Auffassung und bestehen auf ihrem Schein. Hervorgehoben wird die Stimmung durch die sehr ungenierte und, man muß es zugeben, oft aufreizende Art, wie die reisenden Engländer und noch mehr die Amerikaner sich in Straßen und Hotels benehmen. Sie fühlen sich völlig zu Hause, schwagen ungeniert und ohne Rücksicht auf die Nächstehenden über den Damm hinweg, geben sich nicht die Mühe, ein wenig Französisch zu redobringen und lassen sich in Trupps von Coof im Geschwindigkeit oder 40 Kilometer-tempo durch die Stadt und die Sehwürdigkeiten jagen.

Die unsicheren Währungsverhältnisse, der Kampf des Staates gegen das Schicksal, die Verarmung der Bevölkerung und alle anderen Inflationsercheinungen treten aber immer deutlicher in das äußere Straßenbild. Vor dem großen Platz der Concorde flammte jeden Abend in riesigen Buchstaben und in grellsten und gelben Lichtern die Aufforderung auf, freiwillige Spenden zur Rettung des Franken zu geben. In den Kinns läuft ein geschickt aufgemachter Film, der in den ersten Szenen verzweifelnde Bilder an Bord eines mit den Elementen ringenden Schiffes zeigt. Gleich darauf sagt der Text, daß dieses Schiff „Frankreich“ heißt und Frankreich bedeutet, und nun werden die einzelnen Phasen der Krise und der Rettung symbolisch ausgedeutet, wobei es wieder nicht ohne Seitenhieb gegen Amerika durch graphische Darstellung des Reichthums der Vereinigten Staaten abgeht. Ein anderes Beispiel französischer Einseitigkeit ist ein großes Plakat an den Mauern und sogar an den Bahnhöfen, in denen es wörtlich heißt: Wenn Ihr wollt, daß Eure Kinder Hunger leiden, laßt sie Bankbeamte werden!

Die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel und Waren steigen in immer rascherem Tempo, vielfach verweigern schon die Lieferanten die Lieferung, wobei natürlich die Waren zurückgehalten werden, um von einer erwarteten weiteren hausse zu profitieren. Überhaupt blüht der Weizen in buchstäblichem Sinne für die krupellosen Spekulanten. Es besteht geradezu ein Weizenfandale, denn ein Syndikat von Speichern ist dabei, allen verfügbaren Weizen zu unerhörten Preisen an allen Ecken und Enden aufzukaufen, um dann nach Belieben die Preise diktieren zu können. In der Warenbörse sind skandalöse Termingeschäfte in Getreide, Zucker, Gemüse und anderen Waren abgeschlossen worden, deren Kurse den Ereignissen weit voraussehen. Der Kleinhandlender wird von seinen Lieferanten vor die Notwendigkeit gestellt, sofort bar zu bezahlen, während er selbst seiner Kundschaft Kredit einräumen muß. Dadurch entsteht für ihn fast die Unmöglichkeit, seine Warenvorräte zu ergänzen, da er nicht über genügend Kapital verfügt. Es ist sogar schon zur Schließung von Läden gekommen.

Politisch ist die Masse teilnahmslos, es handelt sich für sie nur darum, daß die Teuerung aufgehoben wird, und wer ihr dies verschafft, wird von ihr bejubelt werden. Es ist unbestreitbar, daß Poincaré heute von dem Vertrauen gewisser Kreise getragen wird, aber populär ist er durchaus nicht. Sein Wiederauftreten ist nur der Tatsache zu verdanken, daß die Linksparteien es nicht vermocht haben, sich über persönlichen Ehrgeiz und Parteienklingel zu erheben, und das Land enttäuscht haben. Dieses Vertrauen ist aber auch die große Gefahr für Poincaré. Wenn er nicht bald Erfolge zeigen wird, wird auch er wieder verschwinden müssen. Was dann kommt, weiß niemand. Es wäre verfehlt, eine revolutionäre Stimmung im Lande konstruieren zu wollen, aber es könnte doch schließlich die Möglichkeit entstehen, daß von links oder rechts eine entschlossene Gruppe sich der Macht bemächtigt, ohne großen Widerstand zu finden. Das würde jedoch ohne Blutvergießen abgehen. Vorläufig ist man aber noch weit davon entfernt. Immerhin wird auch in Frankreich der Ruf nach einem „starken Mann“ laut.

In einem aber ist das Land sich einig, in der Beurteilung, wenn nicht Verachtung des Parlamentes, das in den zwei abgelaufenen Jahren ein klägliches Schauspiel gegeben hat. Man kann beinahe sagen, daß eine Krise des Parlamentarismus in Frankreich beginnt, die nur durch eine neue und würdigere Volksvertretung beseitigt werden könnte. Was bisher gezeigt wurde, war ein deprimierender Kampf der Persönlichkeiten um Macht und Eigeninteresse.

Das sind einige Blicke auf den Frankreich der Gegenwart; sie zeigen, daß die Geschichte ihm nicht erspart, was es dem Besiegten auferlegt hatte.

## Danzig und Polen.

Sahms Antwort an Bartel.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Volkstages (vom 3. d. Mts.) gab der Danziger Präsident Sahms mit Bezug auf die im polnischen Senat erfolgten Erklärungen des polnischen Ministerpräsidenten Bartel am 30. Juli über die künftige Gestaltung der polnischen Beziehungen zur Freien Stadt Danzig eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte:

Der Senat ist erfreut darüber, daß die Stellungnahme des polnischen Ministerpräsidenten eine zustimmende ist und daß nunmehr auch die polnische Regierung anerkennt, daß gegenüber der Freien Stadt Danzig nur der Weg dauernder und sachlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit zum Ziele führen kann. Es ist zu hoffen, daß die Erkenntnis in Polen sich allgemein durchsetzen wird, daß die Freiheit und staatliche Selbständigkeit der Freien Stadt eine durch den Vertrag von Versailles geschaffene Tatsache ist und daß es auch im polnischen Interesse liegt, eine wirtschaftlich starke, in ihren politischen und kulturellen Betätigungen

### unabhängige Freie Stadt

an der Mündung der Weichsel zu sehen, welche ihre Aufgabe im Rahmen der bestehenden Verträge erfüllt. Auch die Freie Stadt Danzig hat das größte Interesse daran, daß das Wirtschaftsgebiet der Republik Polen als ihr natürliches Hinterland gedeiht und sich gesunder Staatsfinanzen erfreut.

Mit der polnischen Stellung der Freien Stadt Danzig, wie sie nach den Verträgen ist, stimmen nicht völlig überein einige Stellen aus der Erklärung, die der Ministerpräsident der polnischen Republik abgegeben hat und die offenbar auf irrtümlichen Informationen beruhen. Es ist unzutreffend, daß Danzig sich an den Völkerbund gewendet hat, um Hilfe zur Sanierung seiner Finanzen zu erhalten. Danzigs Finanzen sind an sich innerlich gesund, nur, wie das Finanzkomitee festgestellt hat, durch „exceptionelle Umstände“, deren Beseitigung nicht in der Macht der Freien Stadt liegt, vorübergehend in ungünstiger Weise beeinflusst. Die Regelung der Ansprüche der Reparationskommission gegenüber der Freien Stadt und eine befriedigende Neuverteilung des Zollverteilungsschlüssels, welche Danzig unabhängig macht von der Kursbewegung, haben die Danziger Regierung veranlaßt, eine vermittelnde Mitwirkung des Finanzkomitees zu erstreben.

Auf eine nicht zutreffende Berichterstattung kann es auch allein zurückgeführt werden, wenn der Ministerpräsident der Republik Polen erklärt, das Finanzkomitee des Völkerbundes sei in der vorigen Woche in London zusammengetreten, um gemeinsam mit den Vertretern Polens und Danzigs den Bericht der Sachverständigen sowie Mittel und Wege für die Sanierung der Danziger Finanzen zu erörtern. Gemeinsame Beratungen zwischen der polnischen und der Danziger Delegation haben in London nur stattgefunden, als es sich um die Frage der Festsetzung des Zollverteilungsschlüssels handelte.

Eine Einmischung in innere Angelegenheiten Danzigs, wie sie nach dem Bericht der Politischen Telegraphenagentur bereits eine in London vollzogene Tatsache sein würde, ist ausgeschlossen. Aus diesem Grunde kann auch die befriedigende Regelung der seit zwei Jahren in der Schwebe befindlichen Frage der Neuverteilung des Zollverteilungsschlüssels nur nach den geltenden Verträgen erfolgen und nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, die mit dem Zollverteilungsschlüssel nichts zu tun haben.

Der Senat spricht die Hoffnung aus, daß diese Aufklärung geeignet ist, die in der Freien Stadt eingetretene Unruhe zu beseitigen, und gibt zugleich seiner Zuversicht Ausdruck, daß die von der Republik Polen angekündigte neue Politik des sachlichen Eingehens auf Danzigs wirtschaftliche Bedürfnisse durchgeführt werden möge im Geiste der Verständigung und unter Achtung der Selbständigkeit und Eigenart der Freien Stadt und im Sinne der geltenden Verträge.

## Das Verfassungs- und Ermächtigungsgesetz unterzeichnet.

Warschau, 5. August. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern hat der Staatspräsident die kürzlich vom Sejm verabschiedeten Gesetze über die Abänderung bzw. Ergänzung der Verfassung und über die Ermächtigungen für den Staatspräsidenten unterzeichnet. Die Gesetze sind gleichfalls gestern im „Dziennik Ustaw“ erschienen.

Im Zusammenhange damit hatte der Senatsmarschall Trampczyński mit dem Vorsitzenden der Verfassungskommission des Senats eine Konferenz, in der man sich dahin einigte, sich ungeachtet dessen, daß die Gesetze schon veröffentlicht wurden und somit in Kraft getreten sind, in der heutigen Senatsitzung noch einmal damit zu befassen. Es wird angenommen, daß dem Senat eine Resolution zur Annahme vorgelegt werden wird, in der gefordert werden soll, ein Verfassungstribunal ins Leben zu rufen, das sein Gutachten über die vom Staatspräsidenten zu erlassenden Verordnungen abzugeben hätte. Infolge der bereits erfolgten Veröffentlichung der Gesetze wird der Senat nicht mehr auf der Feststellung bestehen, daß diese Gesetze keine Rechtskraft besitzen. Der Senat will zwar, wie unser Warschauer Vertreter erfährt, den unnormalen Verlauf der Beschlussfassung im Sejm unterbrechen, jedoch keinen Staatskonflikt herbeiführen.

## Das Fremdenrecht wird geändert.

Warschau, 5. August. (Eigene Drahtmeldung.) Im Ministerratspräsidium fand gestern eine Sitzung des Ministerrats statt, in der eine Reihe von Anträgen verschiedener Minister besprochen wurde. U. a. wurde das vom Innenminister vorgelegte Projekt der Verordnung des Staatspräsidenten über die Ausländer angenommen. Dieses Projekt bildet bekanntlich den Haken, auf dem die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland hängen geblieben sind. Auf den Text des Gesetzes wartet in Warschau der polnische Delegierte für die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen, Diamand, um ihn der deutschen

## Der Stand des Ploty am 5. August:

In Danzig: Für 100 Ploty 56,80  
In Berlin: Für 100 Ploty 46,80  
(beide Notierungen vorbörslich)  
Bank Polski: 1 Dollar = 8,98  
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 9,10.

Delegation zu unterbreiten, damit die inzwischen unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. Dies soll am kommenden Freitag erfolgen.

Die Polnische Regierung hat im ursprünglichen Entwurf verschiedene Änderungen vorgenommen, da er mit dem von Deutschland geforderten Niederlassungsrecht kollidiert.

## Die abgeänderte Verfassung.

Nach Erledigung der Zusatzanträge des Senats zu dem Gesetzesprojekte betreffend die Änderung der Konstitution durch den Sejm, ist der Kampf um die Änderung der Konstitution beendet. Danach wurde die Konstitution vom 17. März 1921 in folgenden Punkten endgültig geändert:

### Artikel 1.

Artikel 4 der Konstitution erhält folgende Fassung: Das Budget für das nächste Budgetjahr wird alljährlich durch ein Staatsgesetz festgesetzt.

### Artikel 2.

An Artikel 22 der Konstitution wird ein Zusatzantrag folgenden Wortlautes angehängt: Im Falle diese Bestimmungen verletzt (es handelt sich um die Verletzung der Abgeordnetenpflichten) und die Verletzung auf den Antrag des Sejmarschalls oder der Obersten Staatlichen Kontrollkammer durch das Oberste Gericht festgestellt werden, verliert der Abgeordnete sein Mandat und die persönlichen Vorteile, die er von der Regierung erlangt hat. Ein besonderes Gesetz, das spätestens im Oktober erlassen wird, wird alle Einzelheiten darüber enthalten.

### Artikel 3.

Artikel 25 erhält folgende Fassung: Der Staatspräsident ruft den Sejm und Senat ein, vertagt und schließt ihn. Der Sejm wird zu seiner ersten Sitzung am dritten Dienstag nach der Wahl und alljährlich, spätestens im Oktober, zu einer ordentlichen Session einberufen.

Der Staatspräsident kann den Sejm zu jeder Zeit nach eigenem Ermessen zu einer außerordentlichen Session einberufen. Der Staatspräsident ist verpflichtet, den Sejm innerhalb von 14 Tagen einzuberufen, wenn dies ein Drittel der Abgeordneten fordert. Die anderen Fälle, in denen der Sejm zu außerordentlichen Sessions zusammentritt, sind in der Konstitution angeführt. Die Vertagung des Sejm ist von dessen Einwilligung abhängig, wenn sie innerhalb derselben Session wiederholt wird, oder wenn sie länger dauert als 30 Tage.

Die Regierung legt dem Sejm zu Beginn seiner ordentlichen Session das Budgetprojekt mit allen Anhängen spätestens fünf Monate vor dem Beginn des nächsten Budgetjahres vor. Von dem Augenblick an, in dem dem Sejm das Budgetprojekt vorgelegt wurde, kann die Sejmession nicht geschlossen werden, bis nicht das Budget genehmigt, oder bis nicht der in dem Gesetz vorgezeichnete Termin verstrichen ist. Wenn der Sejm spätestens innerhalb von 3 1/2 Monaten vom Tage der Einbringung des Budgetprojektes an gerechnet, das Budget nicht erledigt, tritt der Senat in die Beratung über das eingebrachte Budgetprojekt ein.

Wenn der Senat innerhalb 30 Tagen dem Sejm seine Beschlüsse, die sich auf das Budget beziehen, mit den von ihm beschlossenen Änderungen, nicht übermittelt, wird angenommen, daß der Senat gegen das Projekt keine Einwendungen macht. Wenn der Sejm innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des vom Senat angenommenen Budgets keinen nennlichen Beschluß faßt, wird angenommen, daß er die Änderungen des Senats genehmigt.

Der Staatspräsident veröffentlicht das Budget als Gesetz:

a) In der Fassung, die es vom Sejm bekommen hat, wenn Sejm und Senat das Budget rechtzeitig erledigt haben und der Sejm nach Erledigung der Zusatzanträge des Senats das Budget angenommen hat.

b) In der Fassung, die es vom Sejm oder Senat allein erhalten hat, wenn nur Sejm oder Senat allein das Budget rechtzeitig erledigt haben.

c) In der Fassung, die es von der Regierung erhalten hat, wenn weder Sejm noch Senat das Budget rechtzeitig erledigt haben. Die Bestimmungen, die in den früheren Abschnitten dieses Artikels enthalten sind, kommen nicht zur Anwendung, wenn der Sejm das von der Regierung eingebrachte Budgetprojekt im Ganzen ablehnt. Wenn der Sejm aufgelöst und das Budget oder zumindest das Provisorium bis zum Zusammentritt des neuen Sejm nicht genehmigt ist, hat die Regierung das Recht, in den Grenzen des vorjährigen Budgets Ausgaben zu machen. Die Regierung muß jedoch schon in der ersten Sitzung des Sejm ein Budgetprovisorium vorlegen. Wenn der Sejm aufgelöst und das Gesetz über die Rekrutenaushebung nicht beschlossen ist, hat die Regierung das Recht, ein Rekrutenkontingent in derselben Höhe wie das vorjährige Kontingent auszuheben.

### Artikel 4.

Artikel 26 der Konstitution erhält folgenden Wortlaut: Der Staatspräsident löst Sejm und Senat nach dem Ablauf des Zeitraumes, für den sie gewählt wurden, auf. Der Staatspräsident kann auf den Antrag des Ministerrates hin, der in einem Manifest motiviert wird, Sejm und Senat vorzeitig auflösen, jedoch nur einmal aus demselben Anlaß. Neuwahlen finden innerhalb von 90 Tagen, vom Tage der Auflösung an gerechnet, statt. Ihr Termin wird in dem Manifest des Staatspräsidenten bekanntgegeben.

### Artikel 5.

Artikel 44 der Konstitution wird wie folgt ergänzt: Der Staatspräsident hat in Zeiten, in denen Sejm und Senat aufgelöst sind, das Recht, in Fällen dringender Staatsnotwendigkeit Verordnungen mit Gesetzeskraft herauszugeben. Diese Verordnungen dürfen jedoch nicht die Änderung der Konstitution und die Änderung der in den Artikeln 3, Abschnitt 4, Artikel 4, 5, 6, 8, 49 Abschnitt 2, Artikel 50 und 59 der Konstitution geregelten Angelegenheiten betreffen, noch sich auf die Änderung der Wahlordnung zum Sejm und Senat beziehen.

### Artikel 6.

An Artikel 58 der Konstitution wird folgender neuer Satz angehängt: Der Antrag, in dem der Rücktritt des Ministerrates oder eines einzelnen Ministers gefordert wird, kann nicht an demselben Tage, an dem er gestellt wurde, zur Abstimmung gebracht werden.

### Artikel 7.

Die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Ministerrat und allen Ministern übertragen.

### Artikel 8.

Das Gesetz tritt am Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

## Das Dekretierungsrecht des Staatspräsidenten.

Das Gesetz, durch das der Staatspräsident ermächtigt wird, Verordnungen mit Gesetzeskraft herauszugeben, hat folgende endgültige Fassung erhalten:

### Artikel 1.

Der Staatspräsident wird ermächtigt, Verordnungen mit Gesetzeskraft herauszugeben, die zum Zwecke haben, geltende Gesetze mit den Bestimmungen der Konstitution in Einklang zu bringen und sie auszuführen. Das Verfahren sieht die Herausgabe besonderer Gesetze vor, durch die die Staatsverwaltung reorganisiert und vereinfacht werden und durch die die Rechtsverhältnisse im Staate geregelt, das Budgetgleichgewicht gesichert und die Wirtschaft des Staates reorganisiert werden soll.

### Artikel 2.

Diese Verordnungen können jedoch nicht die in dem Artikel 3 Abschnitt 4, Artikel 4, 5, 8, 49 Abschnitt 2, Artikel 50 und 59 der Konstitution geregelten Angelegenheiten betreffen, ebenso wie im Verordnungswege nicht neue Steuern und Abgaben auferlegt werden können und wie die alten Steuern und Abgaben über die Norm vom 1. Juli 1926 nicht erhöht werden dürfen. Ferner darf im Verordnungswege nicht der Geldumlauf erhöht, nicht neue Monopole eingeführt und Staatsobjekte im Werte von über 100 000 zt nicht belastet, noch ausveräußert werden. Ferner ist die Änderung der Wahlordnung in die Selbstverwaltungsbehörden, die Änderung der Sprachgrenzen der Wojewodschaften, die Änderung der Sprachen und der Schulgesetzgebung, die Änderung des Antialkoholgesetzes und die Änderung des Ehegesetzes auf dem Verordnungswege unstatthaft.

### Artikel 3.

Das Gesetz gilt bis zum Wiedereintritt des nächsten Sejms.

### Artikel 4.

Die Ausführung des Gesetzes wird dem Ministerpräsidenten und allen Ministern übertragen.

### Artikel 5.

Das Gesetz tritt am Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

## Also doch ein Spirituspanama.

Zwei Direktoren und acht Beamte vom Dienst enthoben. Der Staat um Millionen geschädigt.

Warschau, 2. August. Die Kommission zur Überprüfung der Wirtschaft im Spiritusmonopol hat ihre Arbeit provisorisch beendet. Die Kommission kam zu zahlreichen schweren Mängeln auf die Spur und sah sich aus diesem Grunde genötigt, die von ihr angefertigten Akten der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Der Direktor des Spiritusmonopols, Podkomorzi, ferner der Leiter des Wirtschaftsausschusses, Szczebancki, wurden suspendiert. Von demselben Schicksal wurden acht weitere Beamte des Spiritusmonopols betroffen, die an den Mängeln direkt oder indirekt mitschuldig sind.

Die Hauptschuld an der schlampigen Wirtschaft im Spiritusmonopol, durch die der Staat um viele Millionen geschädigt wurde, trifft den Leiter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Szczebancki, der das Vermögen des Spiritusmonopols in direkt leichtsinniger Weise verwalte. Herr Szczebancki vergab große Lieferungsverträge ohne Offertenanschriften und erteilte mit der größten Freigebigkeit nach links und rechts Kredite, die in gar keiner Weise gesichert waren. Überdies wurde festgestellt, daß Herr Szczebancki, der früher Direktor der Firma „Krowicki“ war, seine früheren Beziehungen in skandalöser Weise zum Schaden des Staates ausnützte. (Die Firma „Krowicki“ war in die Betrugsaffäre Glabinski verwickelt.) Schwer belastet werden sowohl der Direktor des Spiritusmonopols, Herr Podkomorzi, wie auch Herr Szczebancki durch den Kauf der Fabrik Winkelhäuser in Stargard und durch den Kauf der Fabrik Silber in Kowel. Beide Fabriken wurden weit überzahlt, da deren Besitzer in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Herrn Podkomorzi und Herrn Szczebancki stehen.

Bereits vor Jahresfrist sind von Zeit zu Zeit in der Presse Nachrichten durchgesickert, aus denen zu entnehmen war, daß die Wirtschaft im Spiritusmonopol viel zu wünschen übrig läßt. Immer wurde jedoch die Angelegenheit vertuscht, da die beiden obersten Würdenträger im Spiritusmonopol gute Freunde des ehemaligen Ministerpräsidenten Wladyslaw Grabski waren und auch sonst die besten Beziehungen hatten.

## St. Bürokratismus in Polen.

Warschau, 3. August. In einem Bericht der Obersten Kontrollkammer findet sich u. a. ein Absatz, der den bei uns herrschenden Bürokratismus in trefflicher Weise charakterisiert. Er wird dort mit folgenden ehrenvollen Prädikaten belegt: „Nicht immer qualifiziert, oft eingebildet, trotzdem furchtbar und unerschrocken, ein bißchen böser Wille, Verachtung der Wissenschaft und Arbeit, aber bedeutend mehr wissenschaftlicher Mißbrauch der Amtsgewalt, Unsauberkeit, Unfähigkeit, Unkenntnis der Gesetze und Vorschriften, Unkenntnis ihrer Bestimmungen, Abwälzung der Arbeit auf andere Ämter oder Beamten. Das bedeutet, daß die Bürokratie Auswüchse im schlimmsten Sinne dieses Wortes zeitigt. Das Papier ist an die Stelle der Vernunft getreten. Zur Führung der Rechnungen und zur Buchhaltung eines Bataillons sind 123 Bücher im Gewicht von 68 Kilo notwendig. Die Eisenbahner erzählen übereinstimmend, daß, wenn sie alle Vorschriften und Weisungen einhalten wollten, die Züge überhaupt nicht verkehren würden.“

## Balkan-Banden.

Intervention Frankreich, Englands und Italiens bei der bulgarischen Regierung.

Sofia, 5. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens haben am Dienstag wegen der Einfälle bulgarischer Banden auf jugoslawisches Gebiet bei der bulgarischen Regierung interveniert. Die Vertreter der drei Großmächte suchten den bulgarischen Außenminister auf und rieten ihm, Bulgarien möge sofort alle Maßnahmen ergreifen, um alle Einfälle von bulgarischen Banden in Südserbien und der Dobrußa unmöglich zu machen. Der Außenminister erwiderte, daß die bulgarische Regierung nach dieser Richtung hin bisher alles getan habe, was in ihren Kräften stand und auch in Zukunft darauf bedacht sein werde, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten.

## Die Lage in Mexiko.

Paris, 4. August. (P.M.) Wie die Blätter aus Mexiko melden, wurden während des Aufstands in Jucuaquato viele mexikanische Protestanten getötet, u. a. der Pastor der amerikanischen Kirche. Viele Häuser wurden eingeebnet. Die amerikanischen Behörden haben eine strenge Bewachung der Grenze angeordnet.

Nach einer weiteren Meldung hat eine Finanzgruppe ihre Vermittlung im Kirchenstreit angeboten, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, den Konflikt aus wirtschaftlichen Gründen sobald als möglich beizulegen. Bis jetzt wurden aus den Banken über 8 Millionen Dollar abgehoben. Eine weitere Zurückziehung von Spareinlagen in dem bisherigen Umfange könnte nach Ansicht der Finanzmänner eine Wirtschaftskrise zur Folge haben.

## Der Papst empfängt keine Protestanten?

Nach römischen Blättermeldungen werden Protestanten nicht mehr zu den päpstlichen Empfängen zugelassen werden, nachdem ein amerikanischer Protestant bei einer Kollektivaudienz vor dem Papst nicht niederkniete.

Vor Gott sind alle Menschen gleich, vor dem Papst also nicht.

## Ein sensationelles Sowjetprojekt.

Bildung einer autonomen Polenrepublik.

Warschau, 3. August. Nach einer Meldung des Berliner „Vorwärts“ aus Moskau, soll die Sowjetregierung beabsichtigen, aus den Tausenden von rein polnischen Dörfern Sowjetrepublik in 90 Kreisen der südwestlichen Gouvernements einen autonomen Staat zu bilden. In diesem Staat sollen alle im Lande verstreut lebenden Polen angesiedelt werden.

## Die Lebensmittelversorgung Frankreichs.

Paris, 5. August. (P.M.) Die Deputiertenkammer begann gestern nachmittag die Diskussion über das Projekt, der Bevölkerung die Versorgung mit Getreide, Mehl und Brot unter den günstigsten Bedingungen sicherzustellen. Im Laufe der Diskussion ergriff der Landwirtschaftsminister das Wort, der die Meldungen dementierte, als ob Ausländer französisches Getreide in großen Mengen gekauft hätten. Bei der Abstimmung wurde das Projekt mit 550 gegen sechs Stimmen angenommen. Das Gegenprojekt der Sozialisten, das u. a. die Bildung eines Getreideamts vorsieht, deren Aufgabe es wäre, In- und Auslandsgetreide anzukaufen und zu verkaufen, wurde mit 350 gegen 182 Stimmen abgelehnt. Demselben Schicksal verfiel ein kommunistischer Gegenantrag, ein Ein- und Ausfuhr-Monopol einzuführen, und zwar mit 345 gegen 140 Stimmen.

In derselben Sitzung wurde eine Resolution eingebracht, in der gefordert wird, die Zahl der Senatoren auf 175 und die der Deputierten auf 350 zu verringern.

## 42 Bombenattentate in 3 Jahren.

Das kottowitzer Organ „Korfanin“, die „Polonia“, veröffentlicht heute eine Statistik über die Bombenattentate, die in den letzten drei Jahren in Ost-Oberschlesien verübt worden sind. Sie kommt dabei auf die stattliche Zahl von 42 Bombenanschlägen. Der größte Teil dieser Attentate war gegen führende deutsche Persönlichkeiten oder gegen deutsche Unternehmungen gerichtet. Die „Polonia“ weist nach, daß fast alle Attentate nach demselben Muster begangen wurden, und folgert daraus, daß irgendeine Zentrale bestehen müsse, die derartige Verbrechen in Szene setzt.

Den polnischen Behörden macht das Blatt den Vorwurf, daß sie dieser Attentate bisher niemals die genügende Aufmerksamkeit geschenkt hat.

## Amerika soll umlernen!

Unter der Überschrift: „Die moralische Holsterung Amerikas“ eröffnet die „New York World“ eine Kampagne für Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik. In diesem Artikel wird ausgeführt:

Amerika ist in den letzten sechs Jahren aus dem Retter ein Sündenbock geworden. Es wird keine Lösung der Kriegsprobleme geben, solange man nur zwischen leuchtenden Gelden und schwarzen Schuften untersteht. Vor zehn Jahren war Amerika überzeugt, daß an einem bestimmten Tag, zu einer bestimmten Stunde in Potsdam der Krieg geplant wurde. Heute glaubt man nicht mehr daran. Im Jahre 1918 glaubte der britische Premierminister, daß Deutschland sämtliche Kriegskosten bezahlen könne. 1919 erhoffte er noch Zahlungen für das zerstörte Eigentum und die Pensionen. 1923 teilte er mit, daß er zufrieden wäre, wenn England von Deutschland und den Alliierten genug Zahlungen erhalte, um die Schulden an Amerika zu bezahlen. Von 1918 bis 1922 glaubten die französischen Minister, daß die französische Armee genug Gelder einbringen könne, um französisches Schulden zu bezahlen. Von 1920 bis 1926 glaubten der Präsident und der Kongreß der Vereinigten Staaten, sämtliche europäischen Schulden einzufrieren zu können.

Langsam aber sicher sind diese Theorien dahingestoben. Jedesmal, wenn eine solche Theorie starb, ist eine zwar weniger schöne, aber praktischere geboren worden. Auf diese Weise kam die Welt zum Dawes-Plan und zu den Schuldenväkten. Diese Abkommen sind immer noch ziemlich schön und noch immer nicht ganz praktisch. Es ist aber nur eine Frage der Zeit und Erfahrung, daß diese Verträge wie diejenigen von Versailles, London, Spaa und anderen Regelungen dahinstirben werden.

Die Kriegsschulden können nicht als wirkliche Schulden betrachtet werden, weil sie tot sind,

weil sie kein Kapital darstellen, das in lebenden Unternehmen investiert ist. Die Vereinigten Staaten sind bemüht, von dieser toten Schuld von zwei Generationen jährlich 400 Millionen Dollar einzufrieren. Die letzten Jahresraten dieser Schulden werden erst von den Urenkeln derjenigen bezahlt werden, die den Krieg geführt haben. Ist es nicht unfassbar, daß solche Zustände für den Rest unserer Jahrhunderte andauern sollen? Laßt uns nicht uns selbst betrügen! Coolidge, Mellon, Borah, Baldwin, Briand und andere können weder die Nachwelt verpflichten, noch sie mit Hypotheken belasten. Schon jetzt können Mellon und Churchill sich nicht mehr darüber einigen, wofür denn eigentlich die Gelder ausgegeben oder wenn sie Neben halten, fließen sie von guten Kapitalgägen an Europa über. Sie sind nicht einmal höflich, denn sie glauben, Raubbau sei Stärke, und sie haben noch nicht gelernt, ihre Sache vorzutragen, ohne andere Leute vor den Kopf zu stoßen. Es mag möglich sein, Imponderabilien zeitweilig zu ignorieren. Wir sind jetzt ziemlich sicher. Wir sind stark, Europa dagegen unendlich und abhängig von unserer finanziellen Hilfe.

Aber früher oder später werden wir die Folgen spüren müssen. In den sechs Jahren, seitdem Senator Lodge den internationalen Kurs einschlug, haben wir ein moralisch gegen uns geeinigtes Europa geschaffen. Nicht nur bei den Schuldnern, sondern auch bei den Neutralen hat die moralische Isolierung Amerikas einen Grad erreicht, den man nicht länger übersehen kann. Männer, die uns in eine derartige Situation getrieben haben, wie Needs, Hearst, und die ängstlichen, kurz-sichtigen, wie Coolidge, Mellon, Hoover, die sich von den Unversöhnlichen treiben lassen, begehen Unrecht am amerikanischen Ansehen, an unserem Wohlergehen in der Zukunft und vielleicht auch am zukünftigen Frieden unseres Landes, für das keine phantastischen Schuldzahlungen einen Ausgleich bieten. Sie appellieren an unsere Niedrigkeit, nicht an unsere besten Instinkte. Diese Männer in ihrer verächtlichen, kleinlichen und drückergerichten Manier haben versucht, unser großes Volk zu belehren, seine Pflicht gegen die Menschheit zu vergessen und zornig mit den Schultern zu zucken über die Korruption ihres eigenen politischen Lebens. Ihre Zeit sollte bald vorüber sein. Es gibt ein Amerika, das großartig und weise sein und das seine Interessen wahrnehmen und seine Zukunft sichern kann auf starken Grundstücken und mit Tatkamerkenntnis auf lange Sicht.

Die nächste Generation oder schon unsere, wird, wenn sie klug ist, angesichts des ewigen Handelns sagen: „Laßt die Vergangenheit vergangen sein. Laßt uns vergessen, vergeben und laßt uns Frieden haben.“

Denjenigen, die eine derartige Entwicklung für unmöglich halten, weil der amerikanische Steuerzahler entschädigt werden muß, antworten wir als Steuerzahler: Die internationale Stellung Amerikas ist viel wichtiger. Das Schicksal hat uns in den letzten zehn Jahren zu unerwarteter Macht in der Welt geführt. Diese neue Stellung schafft Verpflichtungen, die man früher nicht einmal ahnte. Es ist eine Angelegenheit von tödlichem Ernst, ob diejenigen Leute, die unsere Politik leiten, genug Weisheit in sich finden, um diesen früher ungeahnten Verantwortlichkeiten gerecht zu werden. Bisher haben sie die wichtigen Interessen Amerikas den dringenden Anforderungen des Augenblicks geopfert.

Die „World“ zählt dann aus der Geschichte der letzten Jahre die Fehler der Politik Amerikas auf, den Ausschluß der Japaner von der Einwanderung, die Abwägung der chinesischen Freundschaft, den Sinesenspruch über Tacna Arica, und schreibt dann: „Unsere Machthaber verlangen ungeheure Schuldzahlungen und bestehen auf einen höchst ungünstigen Schutzoll. Trotzdem hoffen sie, gleichzeitig die europäischen Märkte mit amerikanischen Waren überfluten zu können. Sie enthalten sich der Teilnahme an der Organisation des Friedens.“

## „Dawes-Krise im Jahre 1928.“

Aus New York wird gemeldet: Der bekannte Publizist Paul Harvey hielt auf der Eröffnungsfeier des „Institute of Politics“ im Auftrage der Internationalen Handelskammer einen Vortrag über die zukünftige Entwicklung der Weltpolitik und prophezeite für das Jahr 1928 folgenden Stand der Ereignisse:

Die Überlastung des deutschen Budgets durch den Dawes-Plan führt zu einer Dawes-Krise; das Transferrhythmen wird undurchführbar. Deutschland ist unfähig, die gewünschten Leistungen auszuführen. In den Gläubigergländern erreicht die Arbeitslosigkeit einen katastrophalen Stand. Frankreich ist infolge von Kapitalnot außerstande, seine Kolonien auszunutzen. Amerika und vielleicht auch England würden Deutschland Anleihen gewähren, wogegen Deutschland Frankreich die in den Kolonien benötigten Hilfsmittel liefern würde. Auf diese Weise würde Frankreich ebenfalls einen Vorteil, wenn nicht den größten, haben.

## Republik Polen.

Gründung einer ukrainischen Universität?

Der neue Unterrichtsminister Suikowski erklärte gegenüber Pressevertretern, er wünsche die Gründung einer ukrainischen Universität. Es könne keine Rede davon sein, daß irgend jemand (!) die Absicht hätte, die nationalen Minderheiten zu unterdrücken.

Seider hat der Herr Kultusminister nichts darüber verlauten lassen, wo er die ukrainische Universität eröffnen will. Darauf kommt aber alles an; denn die Ukrainer wollen Lemberg als Standort und Lehnen Krakau ab.

## Aus anderen Ländern.

Die Engländer sind böse.

Der Brief Bernhard Shaws an den deutschen Volschafter Dr. Stamer hat Gegenüberungen der englischen Presse hervorgerufen. Der „Manchester Guardian“ hält Shaw vor, daß ein Sozialist, der es mit seinen Überzeugungen ernst meine, sich eine Verordnung, die Verbreitung politischer Reden durch den Rundfunk ohne Ansehen der Person verbiete, widerspruchslos gefallen lassen müsse. Die „Morning Post“, die ironisch bemerkt, daß Shaw seinen Keisepack in die Unferlichkeit in Berlin habe wirfeln lassen, stellt dem Dichter folgendes Zeugnis aus: „Shaw bleibt trotz alledem ein eingebildeter Esel, mit einem Funken Energie ausgestattet. Er ist ein bitterer Feind Englands und unverwundlich in seiner Langweiligkeit.“ (Na! na!)

## Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.





Bommerellen

Veränderungen auf den Posten der Kreisinspektoren.

Das zweite Schulinspektorat des Kreises Stargard wurde liquidiert und legte der bisherige Inspektor Pfarrer Karzypski sein Amt nieder.

5. August.

Graudenz (Grudziadz).

A. Der Weichselstrom läßt ein wesentliches weiteres Fallen des Wassers nicht bemerken.

Der Mittwoch-Wochenmarkt war ausreichend besetzt.

Es läßt aber die Zufuhr an Gurken etwas nach. Daher macht sich eine kleine Preissteigerung bemerkbar.

Der Mittwoch-Schweinemarkt war ausreichend besetzt. Es waren Schweine jeden Alters vorhanden.

Bei der Anschließung des Planms der Uferbahn werden jetzt an der Stelle, an welcher die Brückenrampe abgetragen wurde, Untersuchungen des Untergrundes vorgenommen.

Tollwut ist bei einem Hunde in der Stadt festgestellt worden, weshalb veräußert wurde.

Das ungewöhnliche Kummelblätterspiel. Schon seit längerer Zeit macht sich das Treiben von Spielergesellschaften bemerkbar.

Thorn (Torun).

\* Nachklänge zum Streik. Eine größere Anzahl ehemaliger Büroangestellter des städtischen Elektrizitäts- und Gaswerkes, welche seinerzeit nicht wieder eingestellt wurden, da sie gestreikt hatten, verlangen durch Vermittelung ihres Verbandes die Wiedereinstellung.

\* Der nächste Hauptvieh- und Pferdemarkt findet am 19. August statt.

Die altstädtische evangelische Kirche wird einer gründlichen Renovierung unterzogen.

Die hiesige Eisenbahnbrücke erhält einen neuen Aufstrich. Die Arbeiten werden von einem auswärtigen Handwerker ausgeführt.

\* Festnahme zweier Betrüger. Seit einiger Zeit treibt in größeren Städten eine Betrügerbande ihr Unwesen, indem sie vor Banken, Geschäften oder auf Märkten Aufstellung nehmen, und von hier aus ihre Opfer beobachten.

\* Auf der hiesigen Kriminalpolizei, Altstädtischer Markt 10, liegen allerlei auf irgend eine Weise abhandlungswürdige Ausweis-papiere, welche von rechtmäßigen Inhabern in Empfang genommen werden können.

# Renenburg (Rowe), 4. August. Der letzte Mittwoch-Wochenmarkt brachte so reichlich Butter, daß deren Preis von 2,80 auf 2,50 nachgab.

h Strassburg (Brodnica), 3. August. Auf den hiesigen Schweinemärkten, welche seit längerer Zeit recht gut besetzt waren, schläßt jetzt der Handel und Wandel.

Freie Stadt Danzig.

\* Danzig, 5. August. Der Todesfall am Dreifemeg in Danzig. Sonnabend wurde die Leiche des am Mittwoch auf noch nicht aufgeklärte Weise ums Leben gekommenen Schlosserlehrlings Klodda aus Langfuhr durch den Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Birnbacher obduziert.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

\* Barmen, 4. August. Bienen gegen Gänse. Die Gänse des Besitzers Theil befanden sich über Mittag auf dem Rasen im Garten.

dem Rasen im Garten. Hier war auch der Bienenstand. Wahrscheinlich haben sich die Gänse in der aufmerksamen Zeit dem Bienenstöcken genähert und daran herumgefressen.

\* Gorkow, 3. August. Ein seltenes Vorkommnis passierte einem Bauernhofbesitzer hier. Als derselbe mit seinen Kindern beim Roggenmähen beschäftigt war, sprang plötzlich ein Rehbock aus dem Getreide und ging auf eine Arbeiterfrau los.

\* St. Krone, 4. August. Feuer. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr brach plötzlich in der massiven Scheune des Gastwirts Warkke in Lüben Feuer aus, dem diese nebst Bevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen zum Opfer fiel.

Abgelehnte deutsche Schöffen.

Interpellation

des Abg. Grache und Genossen von der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat an den Innenminister betr. die unbegründete Nichtbestätigung der vom Gemeinderat gewählten Schöffen in der Gemeinde Krossen (Grosna), Kreis Bromberg.

Anfang März d. J. fanden entsprechend der Verfügung des Ministeriums des ehemaligen preussischen Reichs vom 25. März 1920, betr. die Abänderung der Verordnungen der preussischen Landordnung vom 3. Juli 1891 in der Gemeinde Krossen (Grosna), Kreis Bromberg, die Wahlen zum Gemeinderat statt.

Das Verhalten des Kreis Ausschusses wie der Starostei stellt eine krasse Verletzung des in der Verfassung festgelegten Wahlrechtes dar und bedeutet eine Verfehlung des dem System der Selbstverwaltung der Gemeinden zugrunde liegenden Gedankens in sein Gegenteil.

Thorn.

Graudenz.

Anton Bludau im 59. Lebensjahre. Im Namen der Hinterbliebenen Martha Bludau. Torun/Lotterbach Dpr., d. 4. 8. 1926.

Bromsilber-Reluicheure tüchtige Agenten eingest. Zaklad Powiekszenia Spychalski Strumylowa. Torun. Telefon 398.

Richtl. Nachrichten. Sonntag, den 8. Aug. 26. (10. u. Trinitatis). Neut. evang. Kirche. Vorm. 10 1/2 Uhr Gottesdienst.

Von der Reise zurück Dr. Zambrzycki, Spezialarzt f. innere u. Nervenleiden Grudziadz, Ogradowa (Gartenstr.) 35.

Clayton Dreschkasten nur ca. 100 Stunden gearbeitet, mit voller Reinigung für mittlere Leistungen billigst und eventuell zu bequemen Bedingungen Volle Garantie.

8-10000 zł auf ein Geschäftsgrundstück auf Dollarbasis. 3. 1. Hypothek (Grundstückswert 170000 Friedensmarkt) von Eigentümer selbst gesucht.

Gutes Grundstück 35 Morgen groß, preiswert zu verkaufen. C. J. Müller, Torun, Warszawska 10-12.

Richtl. Nachrichten. Sonntag, den 8. Aug. 26. (10. u. Trinitatis). Neut. evang. Kirche. Vorm. 10 1/2 Uhr Gottesdienst.

Reparaturen an Dreschmaschinen, Lokomobilen, Motoren sowie sämtl. Maschinen für Landwirtschaft u. Industrie.

Tagesportier, gewandt, zuverlässig, der poln. u. dtsch. Sprache mächtig, welche Raution stell. kann, bald, gesucht.

